

02.01.2006

360-1812006

TOP 19

Fraktion der Linkspartei.PDS  
Georgenstraße 25  
99817 Eisenach

05.01.2006

Stadtverwaltung Eisenach  
Oberbürgermeister  
Gerhard Schneider  
Markt 2  
99817 Eisenach

### Antrag

Der Stadtrat Eisenach beschließt, den beigefügten Brief an das Europäische Parlament zu senden, in dem die Abgeordneten aller Fraktionen des Europaparlaments aufgefordert werden, der für die Verabschiedung im Februar 2006 vorgesehenen Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) nicht zu zustimmen.

### Begründung:

Der Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt stellt das bisher umfassendste Liberalisierungsvorhaben der Europäischen Union dar. Sämtliche Dienstleistungen einschließlich Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind betroffen.

Nahezu 70 Prozent der EU- weiten Wirtschaftstätigkeit soll auf einen Schlag dereguliert werden, ohne die Öffentlichkeit über die Folgen zu informieren. Die Richtlinie greift nicht nur in erheblichem Maße in die Kompetenzen der Bundes- und Landesebene sondern auch in die kommunale Ebene ein und untergräbt damit das im EG-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip.

Von den über 1000 Änderungsanträgen zu dieser Richtlinie wurden durch die EU-Kommission nur wenige marginale Änderungen in den Entwurf aufgenommen. Das gleiche trifft für den federführenden Binnenmarktausschuss zu.

Hauptkritikpunktes des Richtlinienentwurfs sind das Herkunftslandprinzip, das ein Einfallstor für Sozialdumping und die Aushöhlung von Lohn- und Arbeitsstandards darstellt und die Einbeziehung wesentlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung etc., in den Geltungsbereich der Richtlinie.

Es ist daher geboten, einen Beitrag zu leisten, die Beschlussfassung der Dienstleistungsrichtlinie in dieser Form zu verhindern.

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS

Karin May, Fraktionsvorsitzende